

Drucksachen-Nr. <b>BR/144/2013</b>	Datum 23.10.2013	
---------------------------------------	---------------------	--

Zuständiges Dezernat/Amt: Landrat / Integrationsbeauftragter

## Berichtsvorlage

öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit  
 Kreisausschuss  
 Kreistag Uckermark

Datum:

14.11.2013  
 26.11.2013  
 04.12.2013

Inhalt:

Bericht über die Tätigkeit des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2013

Wenn Kosten entstehen:

Kosten €	Produktkonto	Haushaltsjahr	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung <input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €	Deckungsvorschlag:		

Der Kreistag nimmt den Bericht des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2013 zur Kenntnis.

gez. Dietmar Schulze

Landrat	----- Dezernent
---------	--------------------

Begründung:

Gem. § 16 (2) Hauptsatzung des Landkreises Uckermark ist der Integrationsbeauftragte verpflichtet, einmal jährlich dem Kreistag einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen (Anlage).

**Anlagenverzeichnis:**

Bericht des Integrationsbeauftragten 2013

## Anlage

### Bericht des Integrationsbeauftragten 2013

In meiner Zuständigkeit liegen ausländerrechtliche Fragen und Angelegenheiten, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten sowie auch die der EU-Bürger beinhalten.

Zu Beginn meines Berichtes möchte ich Sie mit statistischen Angaben vertraut machen: Zurzeit leben im Landkreis 2.877 ausländische Mitbürger aus 88 Staaten (Stand: 17.09.2013). Davon sind:

- 97 Personen aus 10 Staaten im Asylverfahren
- 96 Personen aus 15 Staaten haben eine Duldung und

im Wohnheim in Prenzlau leben 210 Asylbewerber. Weitere 37 Asylbewerber bzw. geduldete Ausländer leben in Wohnungen. Der Ausländeranteil in der Uckermark liegt somit bei etwa 2,2 %. Die Staatsangehörigen aus Polen bilden mit 1.515 Personen die zahlenmäßig größte Gruppe im Landkreis Uckermark.

Die Statistik umfasst nur die Angaben zu Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind. Andere Personen mit Migrationshintergrund, wie etwa Spätaussiedler oder auch Deutsche, bei denen mindestens ein Elternteil Ausländer ist bzw. war, sind hier nicht erfasst.

In diesem Jahr wurde durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Familie mit 4 Personen aus Syrien als Asylberechtigte anerkannt. 25 Personen aus Afghanistan, Iran, Irak, Somalia und Syrien wurden die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt. Für 4 Personen wurde durch das BAMF im Jahr 2013 Abschiebeschutz gewährt. Herkunftsländer sind Afghanistan, Somalia und Syrien. Im Jahr 2013 wurden bislang 6 Einbürgerungen durchgeführt. Diese Personen kamen aus Ägypten, Kenia, Kosovo, Polen, Ukraine. Insgesamt wurden 20 Einbürgerungsanträge gestellt.

Durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom stößt die Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Flüchtlinge kommen derzeit aus Serbien, der Russischen Föderation, Syrien, Afghanistan und Mazedonien. Bundesweit kommen pro Monat 2.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien. Die Verteilung der Flüchtlinge erfolgt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach dem „Königsteiner Schlüssel“ in die einzelnen Bundesländer. Die Aufnahmequote für den Landkreis Uckermark für 2013 liegt bei 156 Personen. Die zugewiesenen Asylbewerber kommen vorwiegend aus Tschetschenien, Afghanistan, Kenia und dem Tschad. Neu eingereiste Asylbewerber haben aus Statusgründen nicht die Möglichkeit, einen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angebotenen Integrationskurs zu besuchen. Es ist absehbar, dass die Flüchtlinge, die derzeit in zunehmender Zahl aus Kriegs- und Krisengebieten kommen, auf unabsehbare Zeit hier bleiben werden. Eine zukunftstaugliche Flüchtlingsaufnahme muss diese Menschen von Beginn an mit der sprachlichen Kompetenz ausstatten, die es ihnen ermöglicht, sich in das Wirtschaftsleben zu integrieren und am sozialen und politischen Leben in der Stadt teilzunehmen. Meiner Meinung nach sollten alle Menschen ein Recht auf Bildung haben und daran beteiligt werden.

Durch eine gemeinsame europäische Aufnahmeaktion nimmt Deutschland 5.000 Flüchtlinge aus Syrien auf. Im Sommer sind die ersten Flüchtlinge im Grenzdurchgangslager Friedland angekommen. Nach bestimmten Auswahlkriterien und Verfahrensmodalitäten kommen nach Brandenburg 156 Personen, die im berlinnahen Raum untergebracht werden. Die ersten 91 Flüchtlinge kamen im September in Brandenburg an.

In unserem Landkreis werden durch die Akademie Seehof GmbH aus 14776 Brandenburg/Havel, Neustädtischer Markt 7/8 und durch MAQT (Märkische Ausbildungsgesellschaft, Qualifizierungs- und Trainingszentrum e.V.) Deutschkurse für bestimmte Personengruppen angeboten.

Die Akademie Seehof trifft die Auswahlkriterien in Zusammenarbeit mit BleibNet aus Potsdam. Teilnehmer sind Asylbewerber, die ein Jahr in Deutschland leben. Gefördert werden die Kurse über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. In diesem Jahr sind bereits zwei Deutschkurse für Asylbewerber in Prenzlau gelaufen. Die Kursdauer beträgt 6 Monate; inhaltlich auch 2 Wochen Computerkurs und ein dreiwöchiges Praktikum. Weiterhin haben zwei Deutschkurse am 3. Juni 2013 und am 12. August 2013 für Asylbewerber in Prenzlau begonnen. Am 2. September hat in Schwedt die Akademie Seehof einen berufsbezogenen Sprachkurs gestartet. Teilnehmer sind Spätaussiedler und EU-Bürger aus Polen mit einem Startbeginn Deutsch B 1 und mit einer Laufzeit von 6 Monaten; 660 Stunden inklusive 30 Stunden Orientierungskurs. MAQT beginnt ab November mit einem neuen Integrationskurs für Spätaussiedler, Ausländer und Migranten mit einem festen Aufenthaltstitel in Schwedt.

Asylbewerber haben keinen geregelten Zugang zum Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen. Wir sind uns alle einig, dass die Integration in unsere Gesellschaft nur durch das Erlernen der deutschen Sprache möglich ist. Die landesrechtlichen Regelungen zur Weiterbildung sind zu verändern, damit Flüchtlinge an Deutschkursen, z. B. in Volkshochschulen, teilnehmen können. Daher ist auch ein dringendes Erfordernis, die bestehenden, vereinzelt Angebote zum Deutscherwerb spürbar auszubauen und ein Regelangebot für neu ankommende Flüchtlinge sicherzustellen sowie die Kostenträger die Notwendigkeit von Sprachmittlung anerkennen.

Bürger aus 88 Staaten leben in der Uckermark. Sie brauchen eine Vertretung, die Lobbyarbeit leistet, kulturelle und politische Veranstaltungen organisiert und sich an den Netzwerken beteiligt. Die Wahrnehmung unserer multikulturellen Realität ist mir zur Selbstverständlichkeit geworden. Zur Verwirklichung dieser Ziele arbeitet der Integrationsbeirat (IB) des Landkreises Uckermark und ist heute nicht mehr wegzudenken. Der Integrationsbeirat erfüllt nicht nur die Rolle eines beratenden Gremiums. Er wirkt als Stimme der Migrantinnen und Migranten. Der Integrationsbeirat verfolgt das Ziel, für ein von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung getragenes Verhältnis aller im Landkreis lebenden Bevölkerungsgruppen einzutreten. Er setzt sich dafür ein, dass kein Mensch wegen seiner Staatsangehörigkeit, seiner Sprache und Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauung bevorzugt oder benachteiligt wird. Der Integrationsbeirat trifft sich viermal jährlich. Dabei greift der Beirat aktuelle Themen aus dem Bereich Integration auf, macht Vorschläge, sucht nach Lösungen und bereitet den jährlich stattfindenden Antirassismustag und das Kreisintegrationsfest vor.

Insbesondere wirkt er dabei mit, die Lebensverhältnisse von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern und das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben im Landkreis zu fördern.

Zum diesjährigen Antirassismustag am 21.03.2013 wurde eine Fachtagung im Plenarsaal der Kreisverwaltung zum Thema: „Zusammenleben von Uckermärkern mit ausländischen Bürgern“ durchgeführt. Zu dieser Veranstaltung hat der Integrationsbeirat die Thesen zur Entwicklung eines Leitbildes für den Landkreis Uckermark vorgestellt. Die Vision als Zielperspektive und Aufgabe beschreibt die Uckermark als eine Region, in der Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen ethnischen, sexuellen, sprachlichen und religiösen Hintergründen leben. Die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen muss nicht mehr eingefordert werden; sie ist Realität geworden. Wenn es diesen Personen gelingt, sich in die bestehenden Strukturen zu integrieren, Teile der einheimischen Bevölkerung mitzureißen und Kräfte zu bündeln, entstehen häufig sehr innovative und erfolgsversprechende Projekte.

Eine AG aus 8 Mitgliedern des Integrationsbeirates, in der ich mitwirke, erarbeitet das Integrationskonzept. Das Konzept für den Landkreis Uckermark soll die Einbindung ausländischer Bürger weiter vorantreiben. Unser Ziel ist die Erstellung eines Konzeptes, das die Entwicklung der Integrationsprozesse im Landkreis Uckermark nachvollziehbar macht und mit dem in der Integrationspraxis gearbeitet werden kann. Insbesondere die Nähe zum Nachbarland Polen soll thematisiert werden. Außerdem wollen wir formulieren, in welchen Bereichen darüber hinaus Handlungspotenzial besteht, um den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Zur Beschreibung des gegenwärtigen Zustands ist eine Bestandsaufnahme notwendig. Dazu sind alle Städte und Gemeinden gebeten worden, um ihre Aktivitäten vor Ort zu beschreiben. Es müssen alle relevanten Migrations- und Integrationsdaten sowie bereits vorhandene Strukturen, Aktivitäten, Projekte usw. zusammengetragen werden. Die erfassten Daten werden unter Berücksichtigung des Datenschutzes im Konzept veröffentlicht. Sie sollen allen Akteuren im Landkreis die Möglichkeit geben, sich auszutauschen, sich zu vernetzen und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Die AG trifft sich am 18.10.13 wieder.

Die Entwicklung des Konzepts findet in Form eines offenen Beteiligungsprozesses statt. Möglichst viele Gruppen und Personen sollen in die Gestaltung einbezogen werden. Den Konzeptentwurf möchten wir später gern gemeinsam mit Ihnen und allen Interessierten in Ihrer Stadt/Ihrem Amt/Ihrer Gemeinde diskutieren. Der Landkreis Uckermark wäre dann der zweite Landkreis im Land Brandenburg, der ein solches Integrationskonzept besitzt.

Auch in diesem Jahr habe ich das 7. Kreisintegrationsfest organisiert und durchgeführt. Unterstützung habe ich durch den Landrat, die Mitglieder des Integrationsbeirates, die Stadtverwaltung Prenzlau und durch die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. erhalten. Das Fest stand unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Herrn Matthias Platzeck. Das 7. Kreisintegrationsfest fand am 17.08.2013 in Prenzlau am neu gestalteten Marktberg von 14:00 – 21:30 Uhr statt. Eingebunden war auch das Motto der Interkulturellen Woche „Wer offen ist, kann mehr erleben“.

Das 7. Kreisintegrationsfest war ein Fest der Begegnungen. Die Teilnehmer kamen mit Menschen zusammen, die sich sonst nicht treffen würden. Die Besucher aus Schwedt und Templin waren überrascht und erfreut über den schönen Veranstaltungsplatz. Allen Gästen gefiel das Treffen. Das wunderschöne Sommerwetter lockte über 400 Besucher nach Prenzlau. Es herrschte eine gute Stimmung auf dem Marktberg und viele Teilnehmer bedankten sich für die Einladung.

Das angebotene Kulturprogramm erfreute die Zuschauer. Die Spielmodule wurden von den Kindern ausgiebig genutzt. Die angebotenen Speisen, der Kuchen und der kleine warme Imbiss waren frisch und lecker. Das 7. Kreisintegrationsfest gab allen Teilnehmern die Möglichkeit, über die Alltagsbegegnungen hinaus miteinander zu feiern, zu reden, zu lachen, sich zu informieren und mehr voneinander zu erfahren. Dieses 7. Kreisintegrationsfest zeigt, dass unser Landkreis weltoffen und multikulturell ist. Das Fest hinterließ bei allen Teilnehmern einen positiven Eindruck. Mit unserem 7. Kreisintegrationsfest unterstützen wir den gemeinsamen Einsatz für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in unserer Gesellschaft, für den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen und setzten ein Zeichen gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Die Integration bleibt eine Herausforderung für die, die zu uns kommen und Einheimische gleichermaßen. Deswegen sei es umso wichtiger, Vorurteile abzubauen und den gegenseitigen Respekt zu fördern. Den Teilnehmern wurde eine Plattform für Begegnungen und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch geboten und sie konnten mit Vertretern aus der Politik des Landkreises und des Bundestages ins Gespräch kommen. Die Veranstaltung gab auch die Möglichkeit, uns kennen zu lernen und gegenseitig mehr voneinander zu wissen. So konnten wir besser verstehen und vielleicht einige Vorurteile abbauen.

Der diesjährige Schwerpunkt der Interkulturellen Woche unter dem Motto „Wer offen ist, kann mehr erleben“ liegt in der Bekämpfung von Rassismus. Rassistische Handlungen sind weit verbreitet. Besonders beunruhigt mich, dass sich rassistische Einstellungen und Gedanken schleichend weiter verbreiten und auch versteckt geäußert werden. Die Macht von Vorurteilen reicht bis in die sogenannte Mitte unserer Gesellschaft. Rassismus entsteht im Kopf - Offenheit auch.

Integration „Alle reden darüber – wir arbeiten daran“. Gegenseitige Toleranz und Akzeptanz ist dabei eine Grundvoraussetzung. Integration – eine große Aufgabe, die mit einem Fest sicher nicht zu bewältigen ist, aber die auch ein Fest verdient hat, weil schon vieles erreicht worden ist. Ein Dankeschön an die Sponsoren und an alle Helfer, an den Landrat, die Stadtverwaltung Prenzlau, die Staatskanzlei, die Sparkasse Uckermark, die Stadt Templin, die Stadt Schwedt und die damalige Bundestagsabgeordnete DER LINKEN Frau Stüber.

Die zahlreichen Veranstaltungen jedes Jahr sind ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir uns auf einen guten Weg zu einer echten Willkommenskultur befinden und trennende Mauern durchbrechen können. Integrationsfeste sowie andere Veranstaltungen sind unverzichtbar. Sie unterbrechen das Gewohnte, den tristen Alltag vieler Migranten. Diese Veranstaltungen sind etwas Besonderes, bringen Glanz in den Alltag der Zuwanderer.

Ein wichtiges Thema in unserer Zeit ist die Integration von Zugewanderten. Für Menschen, die lange in Deutschland leben, muss der Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft offen stehen. Zugang zum Arbeitsmarkt, gleiche Bildungschancen und gesellschaftliche und politische Partizipationsmöglichkeiten dürfen nicht nur gefordert werden. Vielmehr müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, damit diese Ziele für alle unabhängig von ihrer Herkunft erreicht werden. Viele unterschiedliche Traditionen, Lebensarten und Werte bereichern unseren Alltag und stellen zugleich eine gesellschaftliche Herausforderung dar. Migranten und Migrantinnen treffen jedoch oftmals auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Abwehr.

Integration ist kein einseitiger Prozess. Niemand muss seine Herkunft leugnen, jeder akzeptiert die religiösen und kulturellen Besonderheiten der anderen. Alle haben die gleichen Rechte, Pflichten und den Zugang zu allen Ressourcen.

Durch das Anerkennungsgesetz ausländischer Berufsabschlüsse in 2012 und durch die Unterstützung der Politiker in unserem Landkreis haben wir erreicht, dass Ausländer zu uns kommen. Ihre Arbeitskraft und ihr Wissen, sei es als Unternehmer, Ärzte oder Spezialisten in der Wirtschaft, bedeutet Bereicherung aber auch Herausforderung. Innerhalb von drei Monaten muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheiden, ob der ausländische Berufsabschluss dem deutschen Abschluss ganz, in Teilen oder nicht entspricht. Neu ist, dass Anträge auch aus dem Ausland gestellt werden können. Als Eingangstür gibt es dazu die bundesweite Hotline, ein wichtiger Wegweiser und zugleich ein Erfolgsfaktor dafür, dass das Anerkennungsgesetz seine Wirkung entfalten kann.

Am 1. März ist eine neue Verordnung zu den Integrationskursen in Kraft getreten. Einige wichtige Änderungen: Es gibt Wiederholungsmöglichkeiten von 300 Stunden für alle Teilnehmer - unabhängig vom erreichten Sprachniveau im Abschlusstest. Nur noch ein Test für zwei Nachweise ab dem 1. April 2013: Wer den Test „Leben in Deutschland“ besteht, kann damit das Wissen für den erfolgreichen Abschluss des Orientierungskurses nachweisen und hat gleichzeitig die erforderlichen Kenntnisse für die Einbürgerung.

Mehr als 100.000 Menschen leben in Deutschland über sehr lange Zeiträume mit befristeten Aufenthaltserlaubnissen. Für Flüchtlinge, die lange in Deutschland leben, muss der Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft offen stehen. Ein Schlüsselement für eine gelungene Integration ist ein sicherer Aufenthaltstitel. Langzeitgeduldete müssen die Möglichkeit bekommen, in einen verfestigten Aufenthaltsstatus zu kommen. Ohne eine echte Perspektive können diese Menschen kaum ihre Persönlichkeit entfalten und ihre Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen. Eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung ist erforderlich. Zu lösen ist auch das Problem der Landzeitgeduldeten. Trotz verschiedener Bleiberechtsregelungen leben viele Asylbewerber immer noch in ständiger Angst vor der Abschiebung. Ohne eine echte Perspektive können sie kaum ihre Persönlichkeit und ihre Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen. Die Kettenduldungen müssen endlich abgeschafft werden.

Die tatsächliche interkulturelle und integrative Arbeit findet das ganze Jahr über täglich statt. Regionale Partner, mit denen ich ständig kooperiere, sind das Jobcenter Uckermark, das Sozialamt, die Ausländerbehörde, die Agentur für Arbeit, die Johanner-Unfall-Hilfe e.V., das Netzwerk „Integration Uckermark“ und andere Institutionen. Der Kontakt besteht in der Funktion als Vermittler oder als Sprachmittler für unbürokratisch zu klärende Probleme. Überregional gibt es die Zusammenarbeit mit dem Folteropferzentrum in Berlin, mit Amnesty International und die Vernetzung mit der Integrationsbeauftragten in Potsdam sowie mit den Kollegen aus anderen Landkreisen, nur um einige Institutionen zu nennen.

Weiter zu erwähnen ist die Tätigkeit der im Landkreis arbeitenden Initiativen, zu denen regelmäßig Kontakt besteht, so z. B. zum Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Schwedt.

Integration findet im Alltag statt, wird von den Menschen „gemacht“. Ausländerinnen und Ausländer wollen das Leben hier kennen lernen, wollen sich einbringen, ohne die eigene Identität aufzugeben. Vieles passiert von selbst im Zusammenleben. Aber es bedarf auch Menschen, die bereit sind, zu helfen, zu vermitteln, „vorzuleben“.

Integration kann nur gelingen, wenn Menschen vor Ort aufeinander zu gehen und sich kennen lernen; sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Verein. Zugewanderte ausländische Bürger sind herzlich in unserem Landkreis willkommen. Sie sollen sich rasch mit ihrem neuen Wohnort identifizieren können, sich dort auch einbringen und Freunde gewinnen. Das Anerkennungsgesetz ist ein Meilenstein in der Integrationspolitik. Jeder, der in der Uckermark lebt, erhält eine Chance, sich mit allen seinen Fähigkeiten einzubringen. Die Zuwanderung müssen wir als Chance begreifen und nicht als Bedrohung. Wir alle müssen offen sein für den Dialog mit Migranten anderer Kulturen und Religionen. Ich bin überzeugt, wer auf diese Weise Anerkennung erfährt, wird eher bereit sein, sich einzubringen und sich zu integrieren.

In Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Asylbewerberheimes in Prenzlau existieren mehrere Projekte, wie z. B. das multikulturelle Frauenprojekt. Es besteht seit 2004 und wird von einer professionellen Kunsttherapeutin geleitet. Zielgruppe sind Flüchtlingsfrauen aus dem Wohnheim, Flüchtlingsfrauen, welche in Wohnungen leben und deutsche Frauen. Die künstlerische Gestaltung von Porträts, Collagen und Bildern sowie Bastelarbeiten zu Ostern und Weihnachten sind Aufgabengebiete, die von den Teilnehmerinnen immer wieder mit wahrer Begeisterung angenommen werden. Das Projekt bietet den Flüchtlingsfrauen ein paar Stunden, wo sie ihre eigentlichen Probleme verdrängen können.

Asylbewerber brauchen jetzt eine Möglichkeit zum Erwerb der deutschen Sprache als Voraussetzung zur Teilhabe am Gemeinwesen. Im Monat August konnte im Wohnheim ein Anfängerkurs Deutsch beginnen. Der Kurs wird durch die Kolpinfamilie der katholischen Kirche (Herrn RA Brandt, Frau Andrea Castaneda und Herrn Eduard Liebscher) organisiert.

Seit 1995 existieren Sportangebote. Fußball wird dabei zu 100 % durch den Landkreis Uckermark aber auch durch die Stadt Prenzlau gefördert. In Sportvereine der Stadt werden Fußballtalente integriert. Flüchtlinge stellen Mannschaften auf und nehmen an Fußballturnieren und an anderen sportlichen Begegnungen teil.



Ich rege die Bewohner des Asylbewerberheimes immer wieder an, sich sportlich zu betätigen. Im Wohnheim stehen dafür Fitness-Sportgeräte und Räumlichkeiten zur Verfügung. Für die Freizeitgestaltung stehen den Asylbewerbern 1 Volleyballfeld, 1 Kinderspielplatz, 1 Fitnessraum, 1 Mehrzweckraum bzw. Kinderspielzimmer sowie 1 Internetaum zur Verfügung. Um ihre Religion zu pflegen, gibt es im Wohnheim 1 Gebetsraum.

Die regelmäßige Durchführung von Veranstaltungen zu aktuellen Gesetzesänderungen für Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch zu Anlässen wie z. B. zum Frauentag, Ostern, Kindertag, Advent und Weihnachten bringen ebenso etwas Abwechslung in den tristen Alltag der Asylbewerber. Alle Aktivitäten werden durch mein Engagement im Laufe des ganzen Jahres begleitet.

Im Evangelischen Gemeindezentrum in Schwedt wird durch die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. monatliche Treffen zum „Cafe International“ organisiert. Zu den Besuchern zählen Spätaussiedler, die die größte Gruppe bilden, Ausländer und einheimische Bürger sowie auch der Pfarrer Herr Harney. Für mich ist es sehr wichtig, diese Veranstaltungen zu besuchen, da der Kontakt zu den Menschen mir sehr am Herzen liegt, aber auch, um die Probleme der Personen aufzunehmen und zu klären. Die angebotenen Veranstaltungen werden von diesen Personengruppen gut besucht. Das Ziel der Veranstaltungen ist, die Kommunikation und Toleranz untereinander zu fördern wie auch das Selbstwertgefühl jedes Einzelnen zu steigern. Inhalt der Gesprächsrunden sind Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen. Dazu werden Referenten, z. B. von Krankenkassen, der Polizei, der Kreisverkehrswacht, des Pflegestützpunktes und Rechtsanwälte, eingeladen.

In meinen Gesprächen mit polnischen Bürgern wird deutlich, dass sie keine Hilfe bei ihrer Integration benötigen. 1.515 Bürger aus Polen leben in unserem Landkreis. In der Regel sind es qualifizierte Menschen, die in Stettin und in der Uckermark arbeiten. Viele Familien haben in Gartz ihr neues Zuhause. Durch die jungen polnischen Familien stabilisiert sich die Einwohnerzahl im Amt Gartz. Die Ortschaften werden belebt. Kitas und Schulen profitieren und die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung steigt. Die polnischen Bürger kaufen alte Häuser, die sie sanieren, aber auch neue Häuser werden gebaut. Es ist ein friedliches Zusammenleben zwischen ihnen und der einheimischen Bevölkerung. Integration von polnischen Bürgern läuft einfach anders. Für unsere Gesellschaft sind sie eine echte Bereicherung.

Durch meine aktive Arbeit ist es möglich, für die gemeinsamen Ziele von Toleranz und Verständigung zu werben. Weltoffenheit und Toleranz im Umgang miteinander und mit Menschen anderer Herkunft gehören zu unverzichtbaren Voraussetzungen für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Das Ziel meiner Arbeit ist es, den Zusammenhalt aller Menschen in einer von kultureller und ethnischer Vielfalt geprägten Gesellschaft zu stärken, eine gleichberechtigte gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe aller zu fördern und über Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt aufzuklären.

Ein friedliches Zusammenleben gelingt nur, wenn sowohl die Offenheit der Zugewanderten, sich auf eine neue Gesellschaft einzulassen, als auch die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung eingefordert wird.

Die Ausgrenzung von Flüchtlingen und Asylsuchenden muss beendet werden. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima des Willkommens schaffen, anstatt Flüchtlinge zum Problem zu erklären. Wir treten für ein Recht auf dezentrale Unterbringung in unserem Landkreis, Bewegungsfreiheit und gleichrangigen Zugang zur Beschäftigung ein.

Ein wichtiges Ziel ist bereits erreicht. Zwischen Einheimischen und Zuwanderern sind soziale Verbindungen entstanden, die in regelmäßigen Treffen ausgebaut und gestärkt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns Kraft für alle weiteren vor uns stehenden Aufgaben. Ich bin mir sicher, dass ich von Ihnen bei meinen Aktivitäten auch zukünftig sehr viel Unterstützung erhalten werde.